

Donau-Institut Working Papers

Dr. András Hettyey

Die Dreiteilung Europas – Eine empirische Untersuchung der Unterstützung für die EU-Erweiterungspolitik

Donau-Institut Working Paper No. 12

2013

ISSN 2063-8191

Dr. András Hettyey

Die Dreiteilung Europas – Eine empirische Untersuchung der Unterstützung für die EU-Erweiterungspolitik

Donau-Institut Working Paper No. 12

2013

ISSN 2063-8191

Edited by the Donau-Institut, Budapest.

This series presents ongoing research in a preliminary form. The authors bear the entire responsibility for papers in this series. The views expressed therein are the authors', and may not reflect the official position of the institute. The copyright for all papers appearing in the series remains with the authors.

Author's adress and affiliation:

Dr. András Hettyey

Junior Research Fellow / Andrassy Universität Budapest

E-Mail: andras.hettyey@andrassyuni.hu

© by the authors

Abstract*

Die Europäische Union steckt ohne Zweifel in einer tiefen Vertrauenskrise, von der auch die vormalig so erfolgreiche Erweiterungspolitik nicht ausgenommen ist. Dieser Beitrag untersucht die einschlägigen Eurobarometer-Umfragen um zu erörtern, wie die Bürgerinnen und Bürger zur Weiterführung der Erweiterung stehen. Die Ergebnisse zeigen, dass der Vertrauensverlust in dieser Frage nicht einheitlich ist. Die Union gliedert sich in dieser Hinsicht in drei, gut abgrenzbare Regionen: in West- und Nordeuropa, die die skeptischste Gruppe bilden; in die südliche Peripherie, die etwas offener ist; und in Osteuropa, wo die Unterstützung vergleichsweise hoch ist. Diese Dreiteilung darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Zahl der Erweiterungsunterstützer von Umfrage zu Umfrage überall fast kontinuierlich sinkt, wenn auch von unterschiedlichen Ausgangspunkten aus und mit unterschiedlicher Geschwindigkeit.

* Der Autor wurde im Rahmen des Projektes TÁMOP-4.2.2/B-10/1-2010-0015 unterstützt.

Inhalt

1. Einleitung – Vertrauensverlust in der Union	1
2. Die Vertrauenskrise im Lichte der Eurobarometer-Umfragen.....	2
3. Die EU-Erweiterungspolitik und ihre Unterstützung seit 2004	6
4. Die Dreiteilung Europas	11
4.1. West- und Nordeuropa	11
4.2 Die südliche Peripherie	14
4.3 Die osteuropäische Staaten	18
5. Konklusion.....	24
Literatur (Auswahl).....	25

1. Einleitung – Vertrauensverlust in der Union

Dass die Europäische Union in einer tiefen Krise steckt, ist derzeit nicht zu verleugnen. Die zunächst als wirtschaftliche und finanzielle Krise innerhalb der Eurozone beginnende Entwicklung hat sich schnell zu einer politischen Krise der gesamten Europäischen Union ausgeweitet. Deutlichstes Zeichen dafür ist, dass selbst die Spitzenpolitiker der Union die Tatsache der Krise nicht leugnen:

Wir müssen die Lage der Europäischen Union ehrlich und ohne Umschweife analysieren. Wir stehen vor der größten Herausforderung in der Geschichte der Europäischen Union. Es handelt sich um eine Finanz- und Wirtschaftskrise mit großen gesellschaftlichen Auswirkungen, jedoch auch um eine Vertrauenskrise, eine Krise des Vertrauens sowohl in unsere Politiker als auch in Europa und in unsere Fähigkeiten, die Dinge zum Besseren zu wenden,¹

Natürlich kann es nicht Ziel dieses Aufsatzes sein, die gesamte (politische, institutionelle, wirtschaftliche, finanzpolitische etc.) Bandbreite der aktuellen Krise zu erörtern. Vielmehr interessiert uns eine der vielen Krisen ganz besonders: die Vertrauenskrise, die die Europäische Union im Moment durchlebt. In diesem Aufsatz soll insbesondere auf die Frage eingegangen werden ob die erwähnte Vertrauenskrise auch die Erweiterungspolitik der EU erfasst hat, und – wenn ja – in welchem Maße, mit welcher Tendenz und in welchen Mitgliedsstaaten dies besonders ausgeprägt zu beobachten ist.

Seit Beginn der wirtschaftlichen Krise ist es eindeutig geworden, dass die Bürgerinnen und Bürger der EU tendenziell immer weniger Vertrauen in die Institutionen in Brüssel haben. Diese Feststellung lässt sich durch viele Umfragen belegen. Der umfassendste Datensatz ist die jährlich zweimal durchgeführte Eurobarometer-Umfrage der Europäischen Kommission. Aber nicht nur die Eurobarometer-Umfragen zeichnen ein negatives Bild. So hat zum Beispiel das deutsche Allensbach Institut festgestellt, dass 2002 noch 49 Prozent der deutschen Befragten „großes oder sehr großes Vertrauen“ in die EU hatten, während 40 Prozent „nicht so großes oder kaum Vertrauen“ aufwiesen. Diese Zahlen entwickelten sich in den darauf folgenden Jahren stetig abwärts. 2005 hatten nur noch 38 Prozent Vertrauen in die EU, gegenüber 51 Prozent, die wenig Vertrauen hatten. Der Tiefpunkt wurde dann im August 2011 erreicht, als die gleichen Zahlen 24, bzw. 68 Prozent betragen.²

Ähnlich schlecht wie in Deutschland ist die Situation auch in anderen EU-Ländern. Laut einer Umfrage des Pew Research Centre in acht europäischen Staaten (Deutschland, Frankreich,

¹ Europäische Kommission (2011): José Manuel Durão Barroso: Erneuerung Europas – Rede zur Lage der Union 2011, Straßburg, 28. September 2011.

² Institut für Demoskopie Allensbach (2012): Stabile Vorurteile – Robuste Gemeinschaft, unter: http://www.ifd-allensbach.de/uploads/tx_reportsdocs/Maerz12_Europa.pdf (Stand: 11. 7. 2012).

Spanien, Italien, Polen, der Tschechischen Republik, Griechenland und Großbritannien) denken durchschnittlich nur 34 Prozent der Befragten, dass die EU-Mitgliedschaft ihre nationale Ökonomie gestärkt hat. Ebenfalls nur 39 Prozent befanden, dass die Europäische Zentralbank gute Arbeit leistet. Der Bericht schlussfolgerte sinngemäß:

In Europe, what started out four years ago as a sovereign debt crisis, morphed into a euro currency crisis and led to the fall of several European governments, has now triggered a full-blown crisis of public confidence: in the economy, in the future, in the benefits of European economic integration, in membership in the European Union, in the euro and in the free market system.³

Auch die neuen Beitrittsländer sind durchaus nicht ausgenommen von der Vertrauenskrise. Eine Umfrage in der Tschechischen Republik fand heraus, dass das Vertrauen in die EU einen historischen Tiefpunkt erreicht hat und bei nur 39 Prozent liegt. Die gleiche Zahl für das Europäische Parlament war 30 Prozent.⁴ In Ungarn gestaltete sich die Situation ähnlich: eine Umfrage der Századvég Stiftung stellte unlängst fest, dass nur 34 Prozent der Befragten eine weitere Vertiefung der Integration zwischen Ungarn und Europa befürworten, 58 Prozent waren dagegen. Dementsprechend lautete das Fazit des Berichtes ernüchternd: „die Beurteilung der Mitgliedschaft Ungarns in der EU durch die ungarischen Bürger gestaltet sich unvorteilhaft. Die Mehrheit der Befragten äußert sich ablehnend gegenüber der weiteren Stärkung der Integration und Kooperation zwischen Ungarn und der EU.“⁵ Diese Liste ließe sich beliebig lange fortsetzen und untermauert eine Erkenntnis, die auch in den Eurobarometer-Umfragen im Großen und Ganzen immer stärker zum Vorschein gekommen ist: die Bürgerinnen und Bürger haben zunehmend ihr Vertrauen in das Projekt Europa verloren.

2. Die Vertrauenskrise im Lichte der Eurobarometer-Umfragen

Die Vertrauenskrise der Europäischen Union lässt sich eindeutig in den Eurobarometer-Umfragen verfolgen. Das Eurobarometer ist eine in regelmäßigen Abständen von der Europäischen Kommission in Auftrag gegebene öffentliche Meinungsumfrage in den Ländern der EU.

³Pew Research Centre (2012): European Unity on the Rocks, unter: <http://www.pewglobal.org/2012/05/29/chapter-4-views-of-eu-countries-and-leaders/> (Stand: 29. 6. 2012).

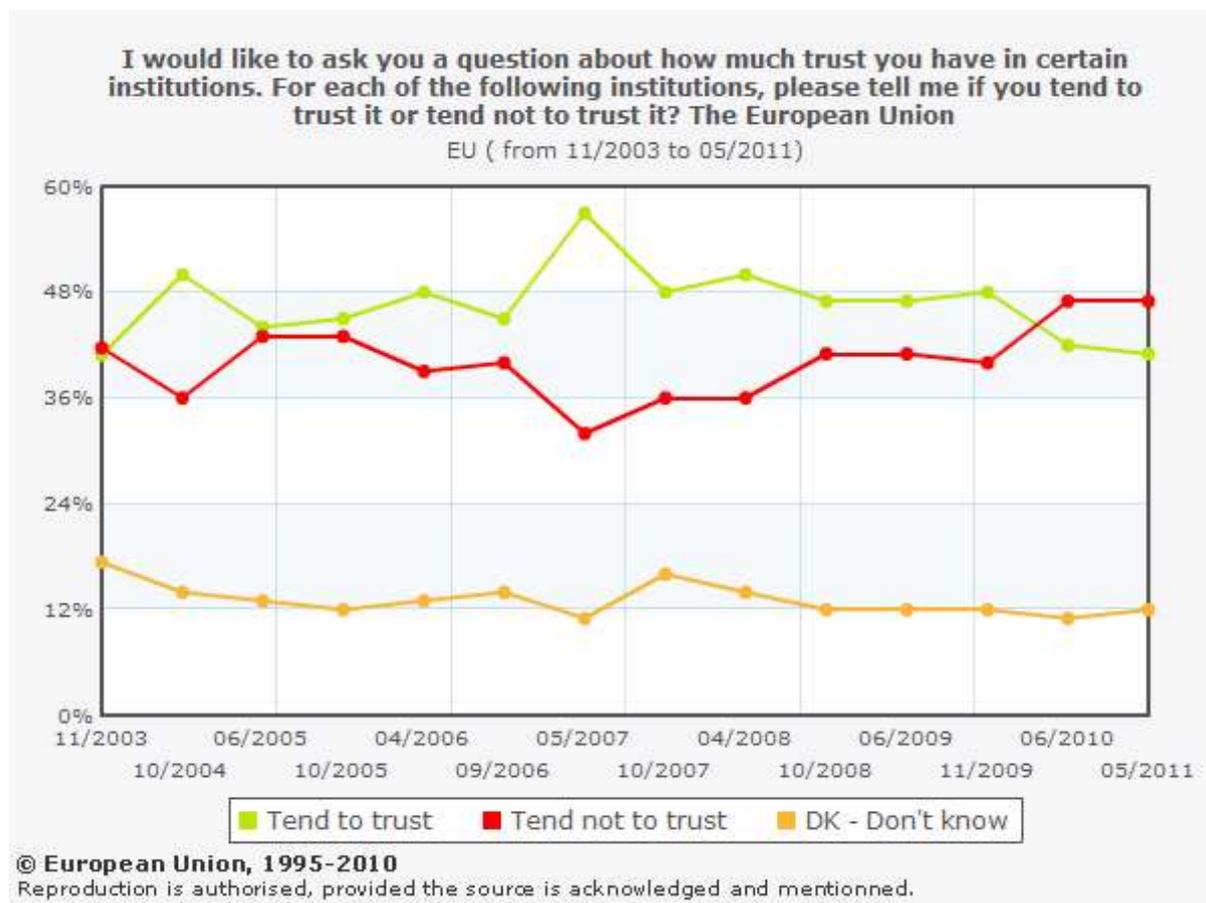
⁴ Poll: Czech confidence in EU and European Parliament at historic low, in: Prague Daily Monitor, 20. 03. 2012., <http://praguemonitor.com/2012/03/20/poll-czech-confidence-eu-and-european-parliament-historic-low> (Stand: 3. 7. 2012).

⁵ Századvég Alapítvány (2012): A magyarok kevesebb, mint fele tartja hasznosnak EU tagságunkat [Weniger als die Hälfte der Ungarn hält die EU-Mitgliedschaft für nützlich], unter: <http://www.szazadveg.hu/kutatas/aktualis/a-magyarok-kevesebb-mint-fele-tartja-hasznosnak-eu-tagsagunkat-404.html> (Stand: 17. 7. 2012).

Für jede halbjährliche Umfrage werden pro Mitgliedstaat etwa 1000 EU-Bürger im Alter ab 15 Jahren befragt. Eurobarometer-Umfragen gibt es seit 1973. Dabei werden sowohl immer die gleichen Standardfragen als auch wechselnde Fragen zu unterschiedlichen Themen gestellt. Deshalb variieren die gestellten Fragen stark. Die Fragen richten sich auf zentrale Themen wie etwa die soziale und wirtschaftliche Lage, Gesundheit, Kultur, Umweltschutz, die politische Lage der EU u. ä. Auch die Zufriedenheit der Bürger mit der EU und ihr Bild von der EU werden abgefragt.

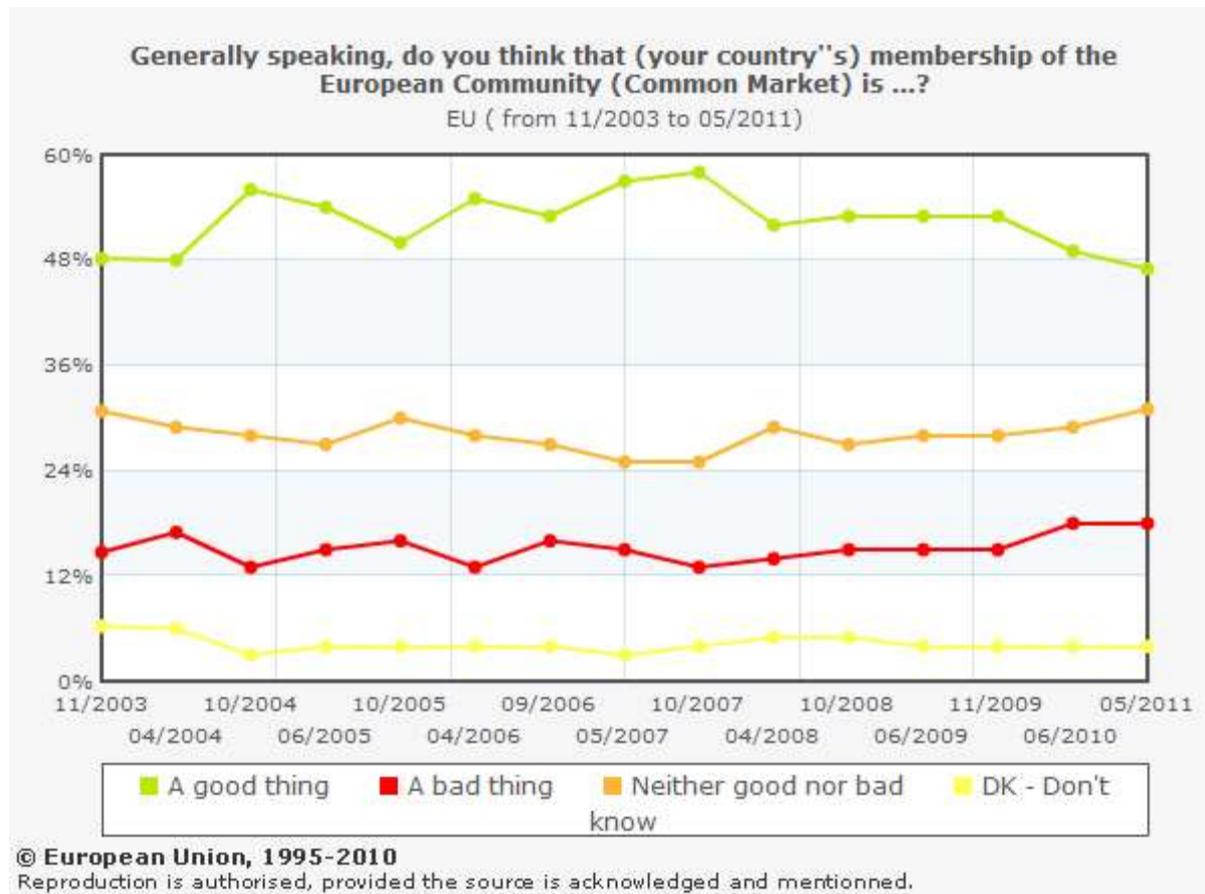
Die für diesen Aufsatz entscheidende Frage wird erst seit 2003 gestellt und lautet wie folgt: „Ich möchte nun gerne von Ihnen wissen, wie viel Vertrauen Sie in bestimmte Institutionen haben. Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Institutionen, ob Sie ihr eher vertrauen oder eher nicht vertrauen. Wie ist es mit der Europäischen Union?“ Auf diese Frage antworteten in der EU 2007 durchschnittlich noch 57 Prozent mit „eher vertrauen“ und nur 32 Prozent „eher nicht vertrauen“ (Siehe Abbildung 1). Seitdem ist die Tendenz, wenn auch nicht so dramatisch, wie in einigen der vorher genannten Umfragen, eindeutig: Umfrage für Umfrage geben immer weniger Bürger an, der EU zu vertrauen. In den letzten Monaten geben sogar mehr Bürger an, der EU eher nicht zu vertrauen, als umgekehrt.

Abbildung 1: Vertrauen in der EU/EU-Durchschnitt, Quelle: Eurobarometer Interactive



Ähnlich verhält es sich mit der anderen wichtigen Frage in diesem Zusammenhang. Auf die Frage, ob die Mitgliedschaft ihrer Länder in der EU generell eine gute oder schlechte Sache sei, antworteten 2004 im europäischen Durchschnitt 48 Prozent, dass es „gut“ wäre, während 14 Prozent mit „schlecht“ antworteten (Abbildung 2). Nach der Erweiterung 2004 flossen nun auch die Antworten der neuen Mitglieder in die Umfragen ein, was dazu führte, dass die Zahlen sich in den darauf folgenden Jahren zunächst etwas verbesserten: 2007 waren die entsprechenden Zahlen 58 bzw. 13 Prozent. Dieser einmalige positive Effekt verschwand dann allerdings recht schnell. 2011 fanden nur noch 47 Prozent, dass die EU-Mitgliedschaft eine gute Sache sei, während der Anteil der Skeptiker auf 18 Prozent stieg. 31 Prozent fanden, dass die Mitgliedschaft weder gut noch schlecht ist.

Abbildung 2: Bewertung der Mitgliedschaft des Landes in der EU/EU-Durchschnitt, Quelle: Eurobarometer Interactive



Es bleibt festzuhalten, dass beide zitierten Umfragen darauf hindeuten, dass eine beträchtliche Zahl der Bürgerinnen und Bürger die EU skeptischer betrachtet als noch vor einigen Jahren. Neben dem fallenden Vertrauen wird auch die politische und ökonomische Nützlichkeit der EU immer stärker hinterfragt. Es stellt sich nun die Folgefrage, ob diese Entwicklung auch auf die Bewertung der vermeintlich so erfolgreichen Erweiterungspolitik zutrifft.

3. Die EU-Erweiterungspolitik und ihre Unterstützung seit 2004

Unter der Erweiterung der Europäischen Union (EU-Erweiterung) versteht man die Aufnahme eines oder mehrerer Staaten, der sogenannten EU-Beitrittsländer in die Europäische Union. Artikel 49 des EU-Vertrags räumt jedem europäischen Land, das die 1993 formulierten Kopenhagener Kriterien erfüllt, das Recht ein, die Mitgliedschaft in der Europäischen Union zu beantragen.⁶ In der Geschichte der EU gab es schon mehrerer Erweiterungsrounden, wodurch die Zahl der zunächst sechs Mitglieder auf 27 gewachsen ist. Als letzte Länder traten Rumänien und Bulgarien im Jahr 2007 der EU bei. Kroatien wird als nächstes Mitglied im Jahr 2013 in die EU aufgenommen werden.

Zurzeit haben neben Island auch alle Länder Südosteuropas eine Beitrittsperspektive. Dies hat der Europäische Rat 2003 in Thessaloniki beschlossen, als es sich ganz klar zu diesem Thema positioniert hat: „The EU reiterates its unequivocal support to the European perspective of the Western Balkan countries. The future of the Balkans is within the European Union.“⁷ Dies bedeutete, dass – falls sie die Beitrittskriterien erfüllen – mittel- und langfristig die folgenden Länder in die EU aufgenommen werden können: die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Albanien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro, Serbien, Kosovo und die Türkei.

Die Annäherung dieser Länder an die EU verläuft seit 2003 eher mühsam. In Kroatien wurden alle Aufnahmeschritte durchlaufen und das Land wird Mitte 2013 in die EU aufgenommen. Die Situation in den anderen Ländern erweist sich allerdings als schwieriger. Kosovo wird von fünf EU-Staaten nicht als unabhängiges Land anerkannt. Mazedonien ist

⁶ Der genaue Wortlaut des Vertrages: „Jeder europäische Staat, der die in Artikel 2 genannten Werte achtet und sich für ihre Förderung einsetzt, kann beantragen, Mitglied der Union zu werden. Das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente werden über diesen Antrag unterrichtet. Der antragstellende Staat richtet seinen Antrag an den Rat; dieser beschließt einstimmig nach Anhörung der Kommission und nach Zustimmung des Europäischen Parlaments, das mit der Mehrheit seiner Mitglieder beschließt. Die vom Europäischen Rat vereinbarten Kriterien werden berücksichtigt. Die Aufnahmebedingungen und die durch eine Aufnahme erforderlich werdenden Anpassungen der Verträge, auf denen die Union beruht, werden durch ein Abkommen zwischen den Mitgliedstaaten und dem antragstellenden Staat geregelt. Das Abkommen bedarf der Ratifikation durch alle Vertragsstaaten gemäß ihren verfassungsrechtlichen Vorschriften.“

⁷ European Council (2003): EU-Western Balkans Summit – Declaration, Press Release, unter: http://ec.europa.eu/enlargement/enlargement_process/accesion_process/how_does_a_country_join_the_eu/sap/thessaloniki_summit_en.htm (Stand: 3. 6. 2012).

zwar offizieller Beitrittskandidat, die Verhandlungen werden jedoch durch den Namenstreit mit Griechenland blockiert. Die Türkei ist zwar ebenfalls ein Beitrittskandidat, aber die Verhandlungen sind seit einiger Zeit ins Stocken geraten. Hauptproblem dabei ist, dass Ankara sich weigert, die von ihr ratifizierte Zollunion mit der EU auf alle EU-Länder, inklusive der Republik Zypern, auszuweiten. Auch dürfen zypriotische Schiffe türkische Häfen nicht anlaufen. In Albanien und Bosnien-Herzegowina ist die innenpolitische Instabilität ein verlangsamender Faktor, so dass keine der beiden Länder bislang den Status eines Beitrittskandidaten erlangt hat. Der Beitritt von Serbien scheint ebenfalls in weiter Ferne, obwohl Belgrad im März 2012 offiziell Beitrittskandidat geworden ist.⁸ Nur Montenegro machte in den letzten Monaten Fortschritte: auf dem EU-Gipfel im Dezember 2011 wurde Montenegro die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen zur Jahresmitte 2012 zugesagt. Diese Entscheidung wurde beim Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs am 29. Juni 2012 offiziell bestätigt.⁹

Die Erweiterungspolitik wird – wie Erweiterungskommissar Olli Rehn schreibt – in der EU traditionell als eines der erfolgreichsten außenpolitischen Instrumente angesehen:

Die Aufnahme von Ländern Mittel- und Osteuropas und des Mittelmeerraums in den Jahren 2004 und 2007 hat sich für die EU als großer Erfolg erwiesen, auch wenn sie von manchen zum Sündenbock für allerlei soziale und wirtschaftliche Probleme in der EU gemacht wird. Die letzte Erweiterungsrunde hat den Raum des Friedens, der Stabilität und der Demokratie in Europa ausgedehnt und durch die Vergrößerung von Märkten, die Schaffung neuer Geschäftsmöglichkeiten und die Integration schnell wachsender Volkswirtschaften in den Binnenmarkt die europäische Wirtschaft gestärkt.¹⁰

Auch Experten sehen dies ähnlich, und nicht nur in den neuen Mitgliedsländern: „Für die EU und Deutschland zählte die Osterweiterung 2004 zu den politischen Sternstunden und nachhaltigen Leistungen im Zuge der Neuordnung des Kontinents nach 1989“¹¹ – schrieb beispielsweise Barbara Lippert von der Stiftung Wissenschaft und Politik.

Allerdings ist die Erweiterungspolitik in den letzten Jahren ohne Zweifel in eine Sackgasse geraten. Dies lässt sich an drei verschiedenen Faktoren festmachen. Erstens gibt es eine

⁸ European Council (2012a): Conclusions, Brussel 1-2 March 2012, unter: <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=DOC/12/4&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en> (Stand: 13. 7. 2012).

⁹ European Council (2012b): Council conclusions on Montenegro, unter: http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/genaff/131206.pdf (Stand: 13. 7. 2012).

¹⁰ Europäische Kommission: Die Erweiterung verstehen. Die Erweiterungspolitik der Europäischen Union, unter: http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/publication/enl-understand_de.pdf (Stand: 20.7. 2012).

¹¹ Lippert, Barbara (2011): EU-Erweiterung: Das Restprogramm, in: Bendiek, Annegret/ Lippert, Barbara/ Schwarzer, Daniela (Hrsg.): Entwicklungsperspektiven der EU, SWP-Studie, S. 118-129.

Reihe von schwerwiegenden innen- und außenpolitischen Problemen in den potentiellen Beitrittsländern, die wir schon kurz angesprochen haben. Auch die Korruption, die schwachen wirtschaftlichen Strukturen und die mangelnde Qualität und Unabhängigkeit der Justiz wird als Problem angesehen.

Zweitens gilt die Aufnahme von Rumänien und Bulgarien 2007 als abschreckendes Beispiel für eine übereilte und nicht durchdachte Aufnahme neuer Mitglieder. Dies wird auch durch die gegenwärtige innenpolitische Krise in Bukarest unterstrichen, in deren Rahmen Ministerpräsident Victor Ponta versuchte, Staatspräsident Traian Băsescu mittels eines umstrittenen Amtserhebungsverfahrens aus dem Amt zu drängen. Dies ist eine willkommene Bestätigung für alle Skeptiker, die schon immer befürchtet haben, dass die Rechtsstaatlichkeit und demokratische Normen in diesen Ländern nicht weit genug gediehen sind. Selbst Hans-Gert Pöttering, ehemals Präsident des Europäischen Parlaments, äußerte die Meinung, dass „man aus den Erfahrungen in Rumänien lernen soll. Rumänien ist ganz offensichtlich zu früh Mitglied der Europäischen Union geworden.“¹² In Bulgarien bereitet vor allem die Lage des Justizwesens große Sorgen, vor allem der ungenügend geführte Kampf gegen Korruption und organisierte Kriminalität.¹³

Hinzu kommt als dritter wichtiger Faktor, dass in allen Mitgliedsländern der EU die Unterstützung für neue Erweiterungsrunden stark nachgelassen hat. Dies zeigt sich einerseits auf der Ebene der politischen Eliten. Mit Ausnahme weniger Länder stehen die meisten Regierungen, insbesondere auch diejenigen der größten und wichtigsten Staaten, einer neuen horizontalen Erweiterung der Union, skeptisch gegenüber:

Viele Indizien deuten darauf hin, dass die Erweiterungspolitik der nicht mehr funktioniert und weder Kandidaten noch Mitglieder überzeugt. Zwar laufen die Verfahren dank der Kommission die die administrativ-technischen Vorgänge beherrscht, routiniert weiter. Aber das politische Interesse der Mitgliedstaaten ist diffus und schwindet oder hat sich bereits gedreht. Vor allem Deutschland, das bislang bei jeder Erweiterungsrunde zu den Unterstützern zählte, driftet ins Lager der Skeptiker. Dessen harten Kern bilden mit Frankreich und den Benelux-Ländern vier weitere EG-Gründungsstaaten sowie Österreich. Ihnen stehen die Erweiterungsbefürworter gegenüber: das Vereinigte Königreich, Schweden, Spanien sowie die neuen ostmitteleuropäischen Staaten.¹⁴

¹² Pöttering: „Rumänien zu früh aufgenommen, in: Deutsche Welle, 13. 7. 2012., unter: <http://www.dw.de/dw/article/0,,16095539,00.html> (Stand: 14. 7. 2012).

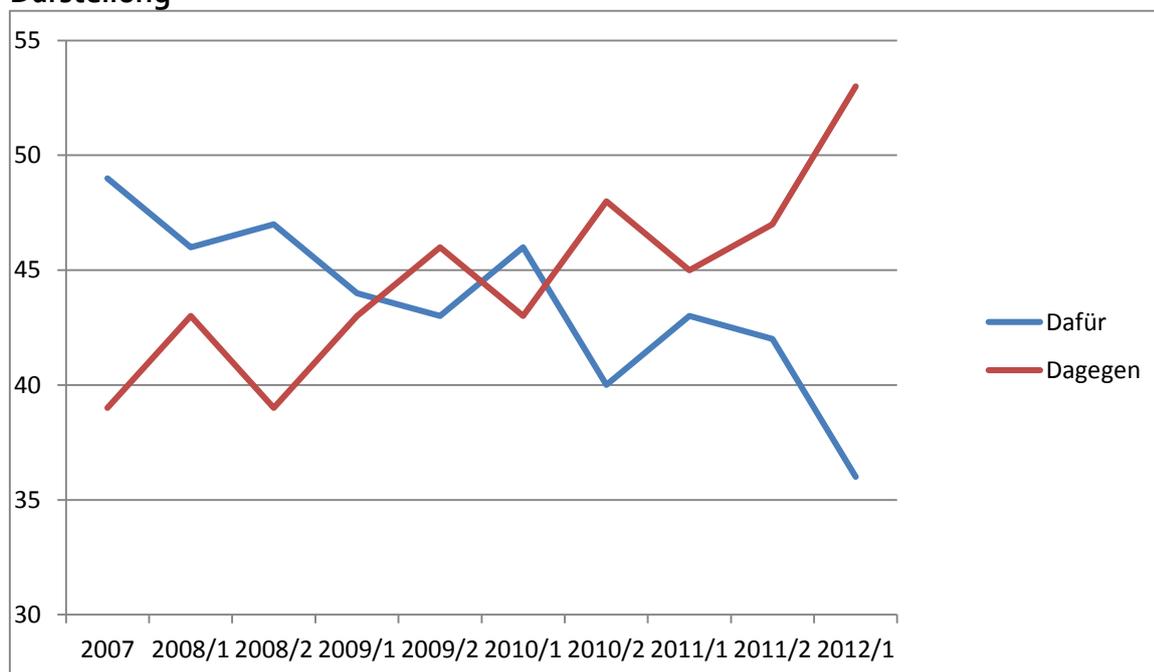
¹³ EU: Bulgaria Has Made Some Progress on Justice, More Needed, in: Balkan Insight, 8. 2. 2012., unter: <http://www.balkaninsight.com/en/article/eu-bulgaria-has-made-some-progress-on-justice-more-needed> (Stand: 17.7. 2012).

¹⁴ Lippert, Barbara (2009a): EU-Erweiterungspolitik: Wege aus der Sackgasse, SWP-Aktuell, unter: http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2009A46_lpt_ks.pdf (Stand: 6. 7. 2012).

Zwar richtet sich die Skepsis vor allem gegen die Türkei (sowohl Nicolas Sarkozy als auch Angela Merkel haben sich gegen deren Vollmitgliedschaft ausgesprochen), doch wird auch speziell Berlin immer häufiger als Bremser und Skeptiker in Fragen der Erweiterungspolitik wahrgenommen.¹⁵

Die nationalen Regierungen der alten EU-Mitgliedsländer haben auch einen guten Grund der Erweiterung der EU skeptisch gegenüberzustehen. Wenn man sich die Entwicklung der letzten Jahre anschaut, dann sieht man schnell, dass die Unterstützung für die Erweiterung der EU in der Bevölkerung stark geschrumpft ist. Zur Zeit der letzten Erweiterungsrunde (2007) waren im EU-Durchschnitt noch 49 Prozent der Befragten für die Aufnahme neuer Staaten und nur 39 Prozent dagegen (Siehe Abbildung 3). Diese Zahlen haben sich seitdem stark verändert. 2009 waren erstmals mehr Befragte gegen eine weitere Aufnahme neuer Staaten als dafür. Seither ist die Kluft tendenziell immer größer geworden. Im Jahr 2012 waren sogar 53 Prozent der Befragten gegen eine weitere Erweiterung und nur 36 Prozent dafür.

Abbildung 3: Für oder gegen eine weitere Erweiterung?/EU-Durchschnitt Quelle: eigene Darstellung



Diese Zahlen waren nicht immer so. Im Jahr 2004, kurz nach der Osterweiterung, unterstützten 53 Prozent die Erweiterungspolitik der Europäischen Union. Dieser hohe Anteil war natürlich stark beeinflusst dadurch, dass in dieser Umfrage zum ersten Mal auch

¹⁵ Vgl. Lippert, EU-Erweiterung: Das Restprogramm, S. 118.

die Bevölkerung der neuen und tendenziell erweiterungsfreundlichen Länder repräsentiert ist. Bezeichnenderweise hat sich der Anteil der Erweiterungsbefürworter gegenüber der vorherigen Umfrage um 16 Prozent erhöht. Abbildung 4 zeigt die Unterstützung für die Erweiterung in den einzelnen Mitgliedsländern (sowie Rumänien und Bulgarien).

Abbildung 4: Anteil der Befragten für eine weitere Erweiterung, Quelle: Eurobarometer Interactive

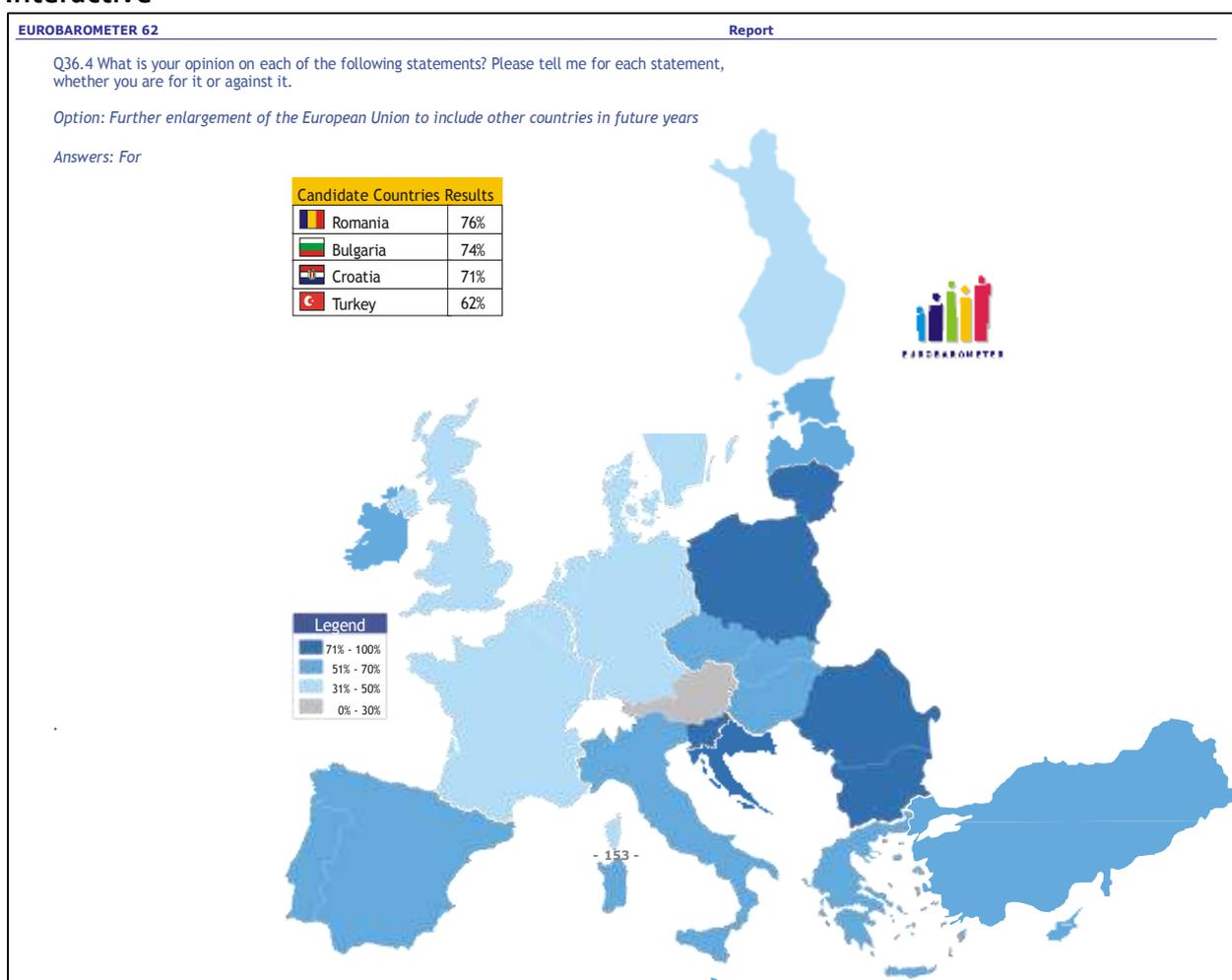


Abbildung 4 verdeutlicht die auch schon damals vorhandenen großen Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern. Die Zahl der Befürworter umfasst eine Bandweite von über 75 Prozent in Polen, Litauen und Slowenien bis unter 30 Prozent in Österreich. Ebenfalls eindeutig ist eine geographische Zweiteilung der Union: die neuen Mitgliedsländer im Osten befürworteten die Erweiterung viel stärker als die alten Länder im Westen. Darüber hinaus lässt sich auch eine weitere Zweiteilung in der zweiten Gruppe vornehmen: die südlichen Länder plus Irland sind deutlich erweiterungsfreundlicher als die Gründungsmitglieder und die nördlichen Mitglieder.

Trotz dieser regionalen Unterschieden zeigte diese Umfrage aus dem Jahr 2004 die höchste jemals dagewesene Unterstützung für das „Projekt Erweiterung“. Selbst innerhalb der EU-15 befürwortete noch eine relative Mehrheit von durchschnittlich 49 Prozent eine weitere Erweiterung, während nur 40 Prozent eine solche ablehnten. Ab der Erweiterungsrunde von 2004 ist allerdings die Zustimmung fast kontinuierlich gesunken. Ein Jahr später betrug die Zustimmung immerhin noch 50 Prozent, aber bezeichnenderweise nahm gleichzeitig auch die Priorität dieser Fragestellung ab. Sowohl die Unterstützung für eine weitere Erweiterung als auch das Interesse für das Thema sanken auch im Jahr 2006 weiter.

Die nächste Zäsur war das Jahr 2007, als der Beitritt von Rumänien und Bulgarien erfolgte. Intuitiv könnte man meinen, dass nach ihrem Beitritt die Unterstützung für die Erweiterungspolitik wieder zunehmen würde, denn die Bevölkerung beider Länder gehörte zu den Erweiterungsbefürwortern. In Rumänien waren – hohe – 67 Prozent erweiterungsfreundlich eingestellt, in Bulgarien immerhin 58 Prozent. Dennoch änderte sich die Gesamtunterstützung für die Erweiterung kaum, was dadurch erklärt werden kann, dass der Zugewinn aus dem Westbalkan durch entsprechende Verluste in dem restlichen Europa (vor allem im Westen) aufgefangen worden ist.

Seit 2007 sank die Zustimmung in der EU für die Erweiterung insgesamt drastisch. In den Jahren 2007 bis 2012 verlor das Lager der Befürworter um die 12 bis 14 Prozent, während das Lager der Gegner mit 15 Prozent etwas stärker gewachsen ist. Hauptgrund dafür ist, dass immer mehr Unentschlossene ins Lager der Gegner wechselten. Zur gleichen Zeit verfestigte sich das Gefälle zwischen West- und Osteuropa. Die Dreiteilung Europas ist konstant geworden, mit all ihren Konsequenzen.

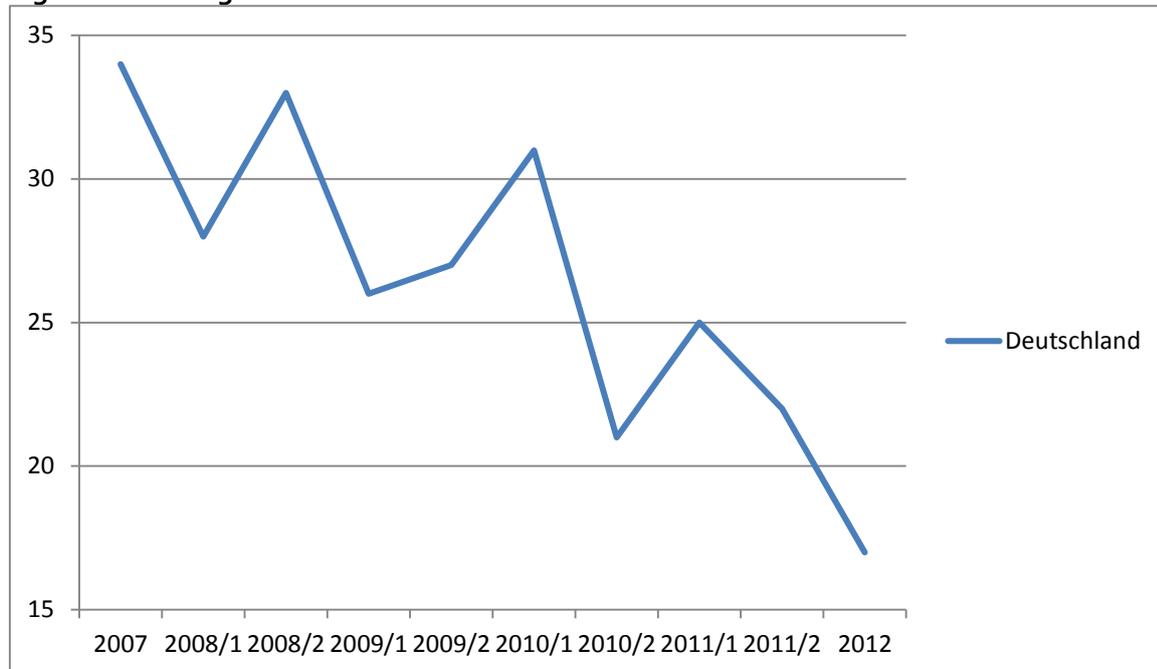
4. Die Dreiteilung Europas

4. 1. West- und Nordeuropa

Die regionale Zwei- bzw. Dreiteilung ist in den neuesten Umfragen weiterhin gut zu beobachten. Die alten EU-Mitgliedsländer und Nordeuropa sind weiterhin am skeptischsten eingestellt. Zu dieser Gruppe zählen die sechs Gründungsstaaten sowie Österreich, Irland, Dänemark, Schweden und Finnland. Mit nur 17 Prozent fällt die Unterstützung in Deutschland am niedrigsten aus. Dies stellt einen dramatischen Einbruch in dem schon

vorher skeptischen Land dar: in den letzten sieben Jahren haben nicht weniger als 19 Prozent das Lager der Befürworter verlassen (Siehe Abbildung 5).

Abbildung 5: Unterstützung für eine weitere Erweiterung in Deutschland 2007-2012, Quelle: eigene Abbildung



Es verwundert dementsprechend kaum, dass beispielsweise die CDU schon vor Jahren in ihrem Wahlkampfprogramm für die Europawahl von 2009 eine Erweiterungspause nach Kroatiens Eintritt gefordert hat:

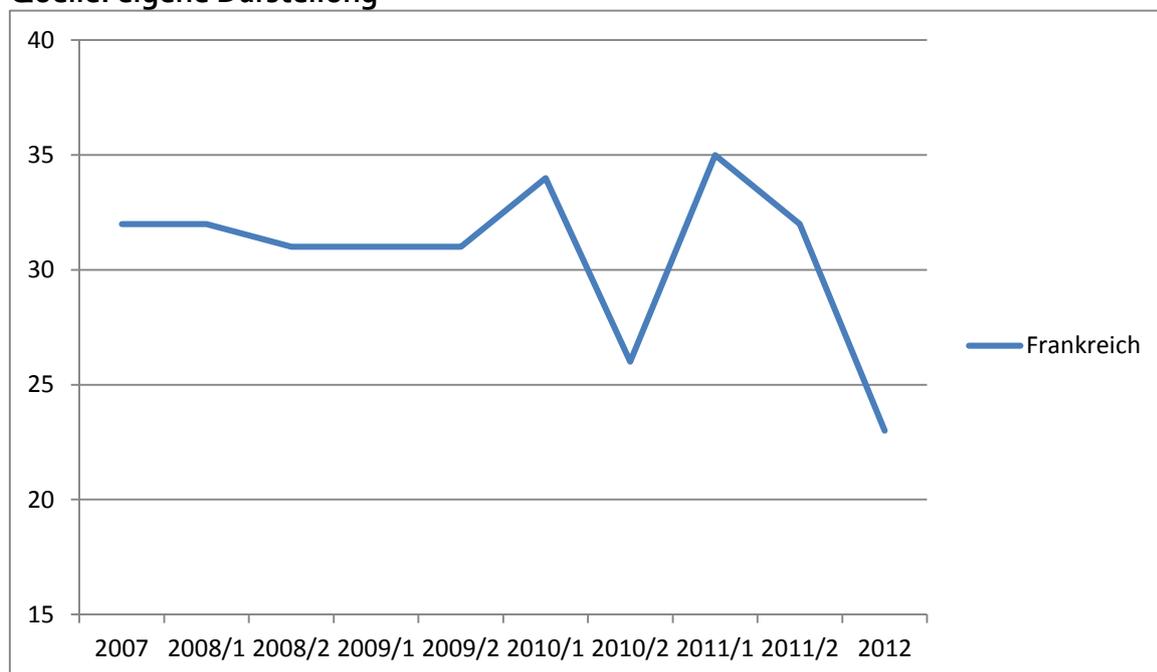
Die bisherigen Erweiterungsrounden der Europäischen Union haben die Zone der Stabilität ausgeweitet und Deutschland politischen und wirtschaftlichen Nutzen gebracht... Allerdings hat die Erweiterung der EU von 15 auf 27 Mitgliedstaaten innerhalb weniger Jahre großer Anstrengungen bedurft. Daher tritt die CDU für eine Phase der Konsolidierung ein, in der die Festigung der Identität und der Institutionen der Europäischen Union Vorrang vor weiteren EU-Beitritten haben. Eine Ausnahme von dieser Regel kann es nur für Kroatien geben. Die Vollmitgliedschaft in der Europäischen Union kann nicht in jedem Fall die einzige Antwort auf den Wunsch nach einer europäischen Perspektive sein.¹⁶

Nicht nur die Bevölkerung, sondern auch die politische Elite hat sich in den letzten zehn Jahren weitestgehend zu einem Bremser der EU-Erweiterung entwickelt.

¹⁶ CDU: Starkes Europa – Sichere Zukunft, Wahlprogramm, unter: http://www.ursula-heinen.de/downloads/n_00161.pdf (Stand: 4. 7. 2012).

Auch das andere wichtige Land in der EU, Frankreich, tut sich als starker Skeptiker hervor (Siehe Abbildung 6). Hier zeigt sich, dass die Franzosen seit 2007 der EU-Erweiterung konstant ablehnend gegenüberstanden. Die Zustimmung betrug nie mehr als 35 Prozent der Befragten und lag im Jahr 2012 bei rund 23 Prozent. Diese Skepsis zeigt sich auch in der Politik: Paris war schon in den 90er Jahren eher ein Bremsler hinsichtlich der EU-Erweiterung und hat nach dem Beitritt Bulgariens und Rumäniens ganz offen eine Beitrittspause gefordert.¹⁷

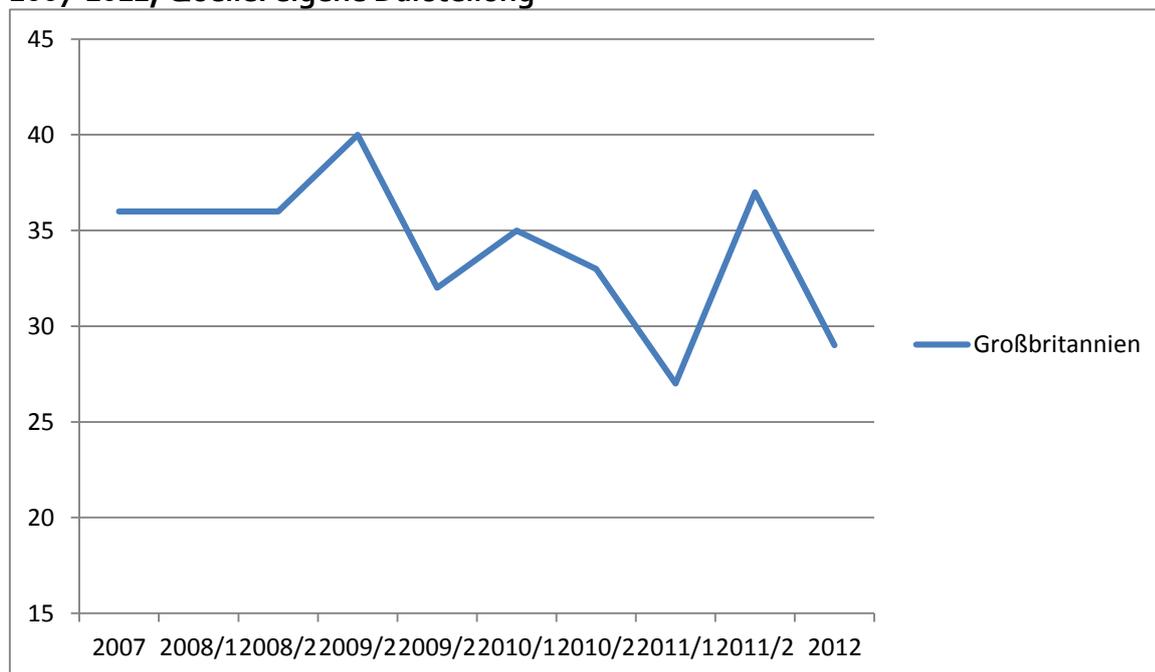
Abbildung 6: Unterstützung für eine weitere EU-Erweiterung in Frankreich 2007-2012, Quelle: eigene Darstellung



Großbritannien war schon immer ähnlich skeptisch wie Frankreich gegenüber der Erweiterung der EU eingestellt (Abbildung 7). Die Zahl der Erweiterungsbefürworter hat nie mehr als 40 Prozent erreicht und steht aktuell bei 23 Prozent.

¹⁷ Sarkozy: EU-Erweiterung aussetzen, in: FAZ, 27. 6. 2007., unter: <http://www.faz.net/aktuell/politik/europaeische-union/frankreich-und-die-eu-sarkozy-eu-erweiterung-aussetzen-1228724.html> (Stand: 6. 7. 2012).

Abbildung 7: Die Unterstützung für eine weitere EU-Erweiterung in Großbritannien 2007-2012, Quelle: eigene Darstellung



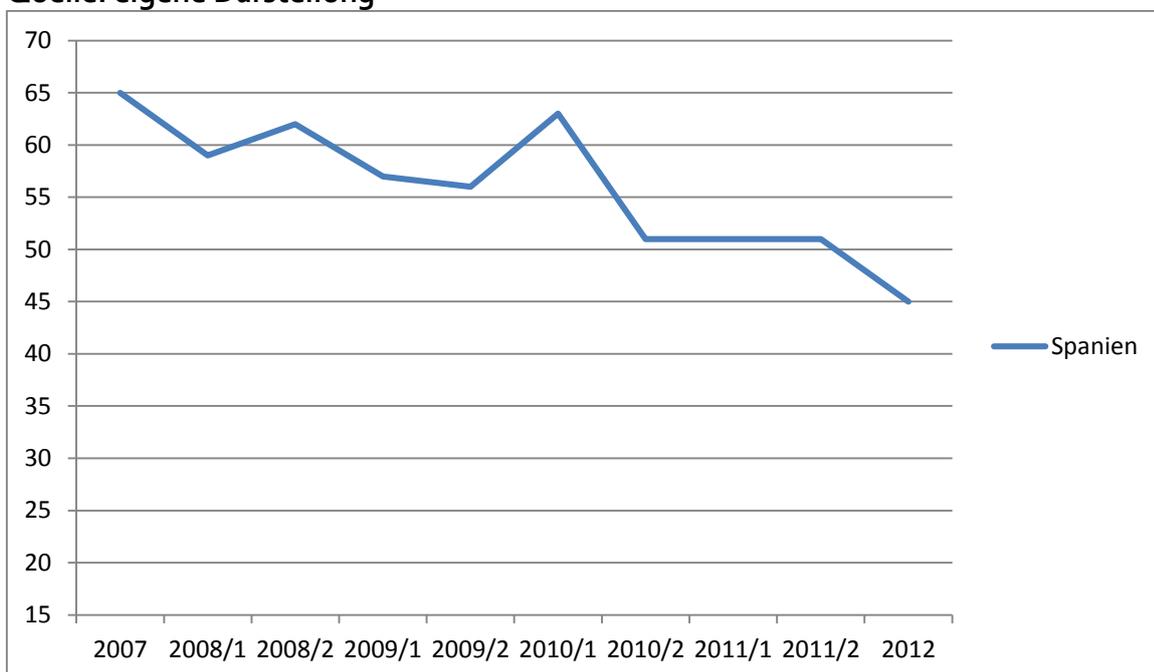
Neben Deutschland, Frankreich und Großbritannien gelten auch die restlichen Staaten West- und Nordeuropas als Erweiterungskeptiker. Dies gilt insbesondere für Österreich, welches schon seit Jahren auf den letzten Rängen der Eurobarometer-Umfrage figuriert. So war es etwa im Jahr 2012 an zweitletzter Stelle, mit 18 Prozent Erweiterungsbefürwortern und 77 Prozent Gegnern (dies stellt den höchsten Ablehnungsanteil überhaupt dar). Auch Irland (24 Prozent), Finnland (27 Prozent) und die Benelux-Staaten sind unter dem EU-Durchschnitt von derzeit 36 Prozent. Nur Dänemark (42 Prozent) und Schweden (47 Prozent) durchbrechen dieses Schema schon seit einer geraumen Zeit. Neben Österreich ist die Zahl der Erweiterungsgegner vor allem in Deutschland (76 Prozent), Frankreich (71 Prozent) und Finnland (70 Prozent) sehr hoch. Im Jahr 2012 gab es insgesamt in 11 Ländern eine absolute Mehrheit der Erweiterungskeptiker: davon kamen 9 Staaten aus dieser Gruppe. Auffällig in dieser Gruppe ist auch der niedrige Anteil der Befragten die mit „weiß nicht“ antwortet: bis auf Großbritannien (12 Prozent) sind diese allesamt unter dem EU-Durchschnitt von 11 Prozent.

4.2 Die südliche Peripherie

Die zweite, wesentlich erweiterungsfreundlichere Gruppe bilden die Länder der südlichen Peripherie der EU (Spanien, Portugal, Italien, Griechenland, Zypern und Malta). Hier stach über lange Zeit Spanien als das erweiterungsfreundlichste Land hervor. In den Jahren 2007

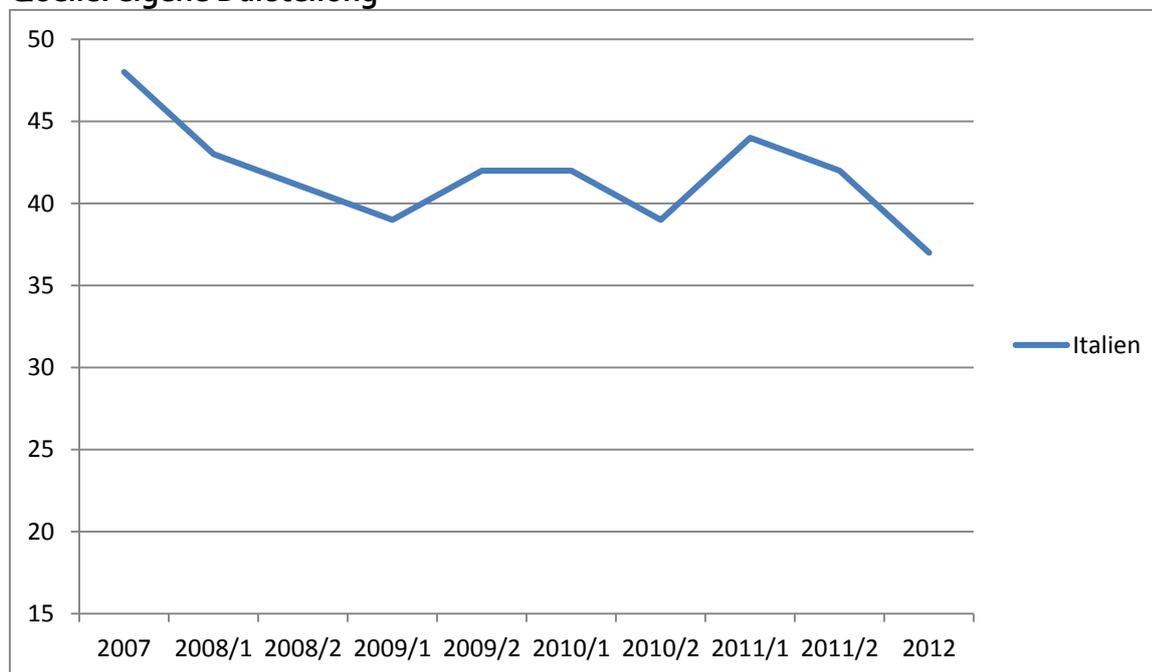
bis 2010 waren oft über 60 Prozent der Bevölkerung für die Fortsetzung der Erweiterungspolitik (siehe Abbildung 9). Damit war Spanien für das westeuropäische Land mit der höchsten Unterstützungsrate. Dieser positive Trend ist in den letzten Jahren gebrochen: Im Jahr 2012 haben nur noch 45 Prozent der Befragten eine Erweiterung befürwortet und 36 Prozent waren dagegen. Allerdings ist anzumerken, dass auch diese Zahlen weit über (bzw. unter) dem EU-Durchschnitt von 36 (bzw. 53 Prozent) liegen.

Abbildung 9: Die Unterstützung für eine weitere EU-Erweiterung in Spanien 2007-2012, Quelle: eigene Darstellung



Das zweite Schlüsselland in dieser Gruppe, Italien, steht der Erweiterung deutlich reservierter gegenüber: die Unterstützung betrug seit 2007 nie mehr als 50 Prozent. Seither hat die Zahl der Befürworter deutlich abgenommen und betrug im Jahr 2012 nur noch 37 Prozent, während die Zahl der Gegner auf 45 Prozent angestiegen ist (Siehe Abbildung 10).

Abbildung 10: Die Unterstützung für eine weitere EU-Erweiterung in Italien 2007-2012, Quelle: eigene Darstellung



Von den restlichen Ländern in dieser südlichen Gruppe sticht Malta hervor, wo 50 Prozent der Befragten die Erweiterung unterstützen. Griechenland und Zypern mit je 44 Prozent Unterstützungsquote liegen auch noch weit über dem EU-Durchschnitt. Portugal ist in dieser Gruppe traditionell das skeptischste Land: nur 37 Prozent der Befragten sind für die Fortsetzung der Erweiterung. Insgesamt gibt es in dieser Gruppe kein Land, wo eine absolute Mehrheit für oder gegen die Erweiterung ist. Diese Tatsache lässt sich u.a. dadurch erklären, dass die Zahl der Unentschiedenen recht hoch ist. In Malta erreicht diese mit 24 Prozent den zweithöchsten Anteil in der gesamten EU. Auch in Portugal und Spanien antworteten 19 Prozent mit „weiß nicht“, während diese Zahl in Italien 18 Prozent beträgt.

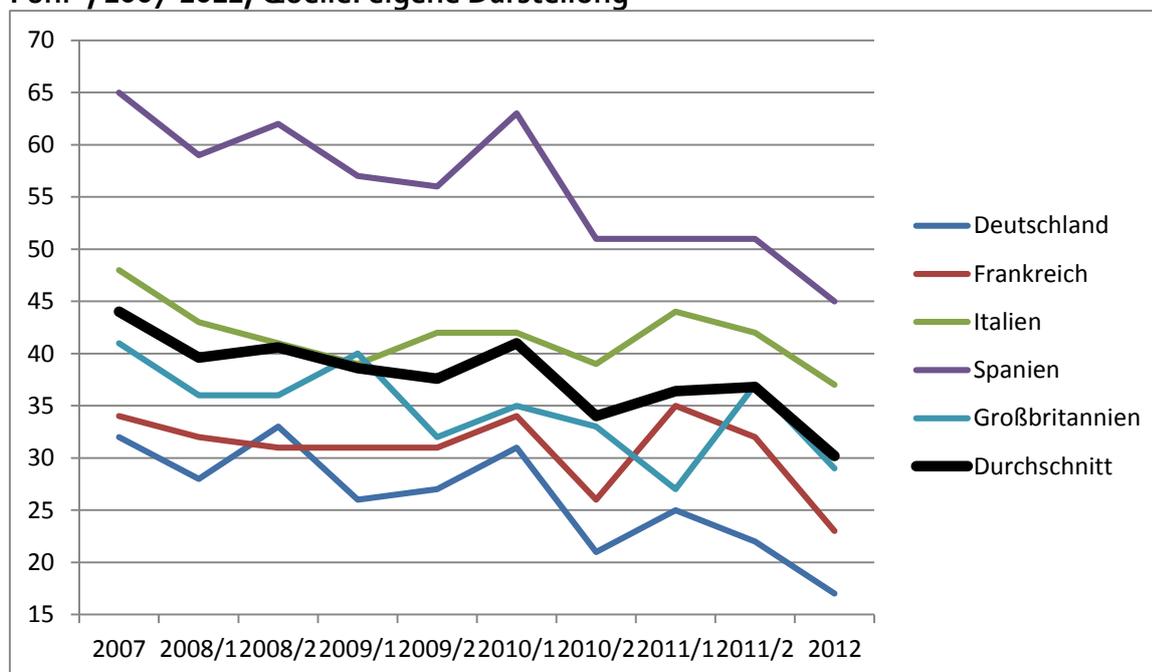
Abbildung 11 zeigt die „Fünf Großen“ der EU und ihren Durchschnitt. Auffällig sind zwei Dinge. Die abnehmende Tendenz ist in allen Staaten bemerkbar, wobei diese in Italien am schwächsten, in Deutschland am stärksten ausfällt. In den fünf Ländern fiel die Unterstützung für die Erweiterung zwischen 2007 und 2012 um durchschnittlich 14 Prozent. Bemerkenswert ist ebenfalls, dass der Gesamtanteil der Befürworter in diesen Ländern mit nur 30 Prozent insgesamt sehr tief ist. Demgegenüber machen die Erweiterungskeptiker

durchschnittlich mehr als 57 Prozent aus. Durchschnittlich 13 Prozent gaben keine Antwort. Diese skeptische Haltung fällt nicht nur wegen des politischen Gewichts dieser Länder ins Gewicht, sondern auch aufgrund der Tatsache, dass in diesen fünf Staaten mit 310 Millionen Einwohnern 60 Prozent der Bevölkerung der EU lebt:

Eine hohe Ablehnungsrate in diesen Ländern schlägt also viel stärker zu Buch als eine starke Befürwortung in vielen kleinen Mitgliedsländern. Bei Anwendung des Prinzips der doppelten Mehrheit des VVE würde die eindeutige Staatenmehrheit also keine Bevölkerungsmehrheit zustande bringen, wenn die Mitgliedsländer in einer fiktiven Abstimmung im Rat gemäß der Präferenz ihrer Bevölkerung abstimmen.¹⁸

Diese Tatsache hat sich zwischenzeitlich noch stärker akzentuiert.

Abbildung 11: Die Unterstützung für eine weitere EU-Erweiterung in den "Großen Fünf", 2007-2012, Quelle: eigene Darstellung



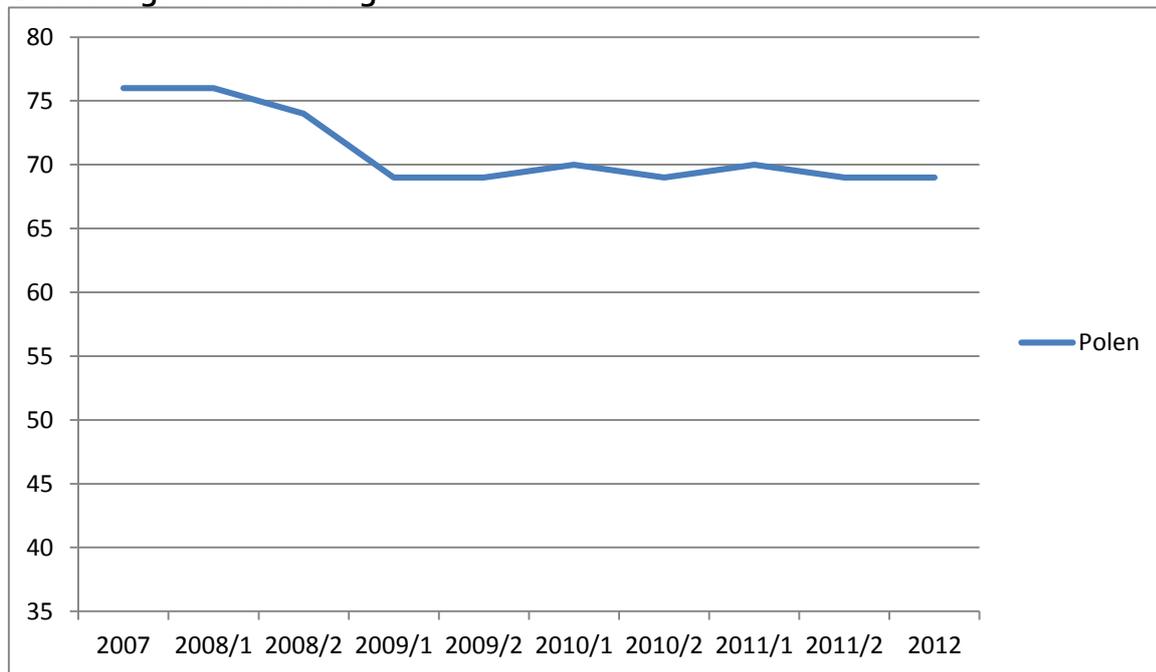
¹⁸ Kramer, Heinz (2007): Wie „erweiterungsmüde“ ist die EU?, SWP-Aktuell, unter: http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2007A16_krm_ks.pdf (Stand: 5. 6. 2012).

4.3 Die osteuropäische Staaten

Diese Gruppe umfasst die zehn osteuropäischen Staaten (Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechische Republik, Slowakei, Slowenien, Ungarn, Rumänien und Bulgarien), die allesamt zwischen 2004 und 2007 der EU beigetreten sind. Diese Staatengruppe steht innerhalb der EU einer allfälligen Erweiterung am positivsten gegenüber. In sechs von zehn Staaten gab es eine absolute Mehrheit für die Erweiterung, und nirgendwo – mit Ausnahme der Tschechischen Republik – betrug der Anteil der Gegner mehr als 47 Prozent.

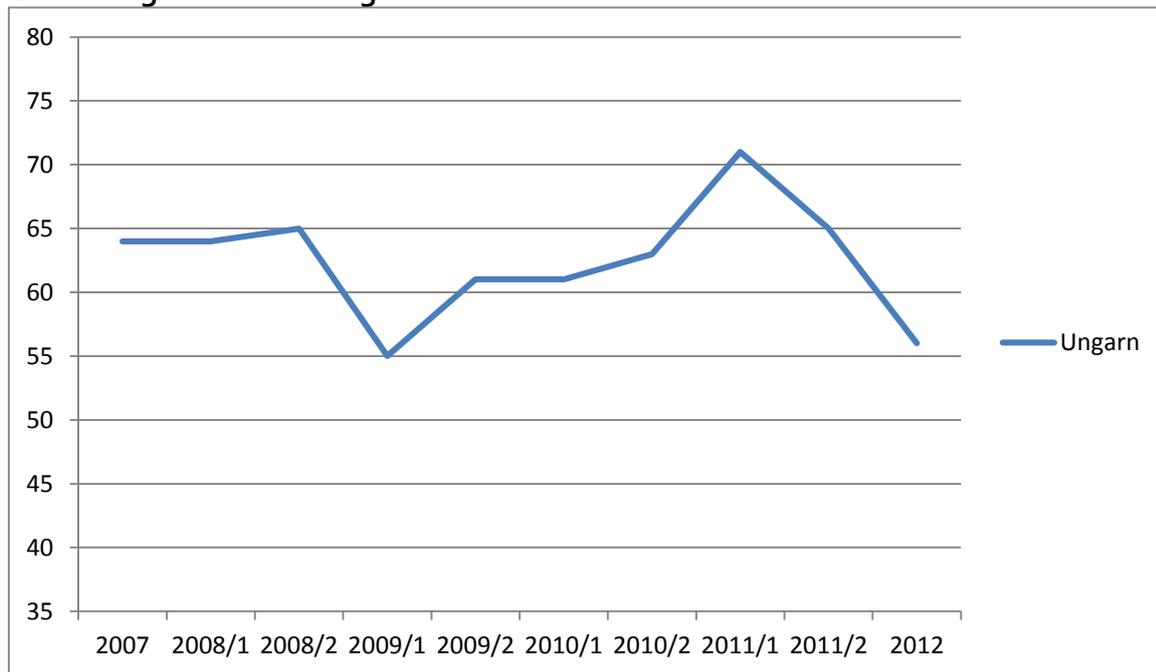
Das Land, das in dieser Gruppe – und somit in ganz Europa – traditionell die Erweiterung am stärksten unterstützt ist Polen. Der Anteil der Befürworter lag seit 2007 konstant um 70 Prozent (Siehe Abbildung 12). Augenfällig ist insbesondere die Tatsache, dass – im Gegensatz zu fast allen Ländern – die Unterstützung auch in den letzten Monaten kaum zurückgegangen ist. So betrug diese auch noch im Jahr 2012 immerhin 69 Prozent, was einen Rückgang von 6 bis 7 Prozent im Vergleich zur Periode 2007 bis 2008 darstellt. Umgekehrt fällt mit 21 Prozent die Zahl der Erweiterungsgegner am tiefsten aus (genauso tief ist sie nur noch in Rumänien und Bulgarien).

Abbildung 12: Die Unterstützung für eine weitere EU-Erweiterung in Polen 2007-2012,
Quelle: eigene Darstellung



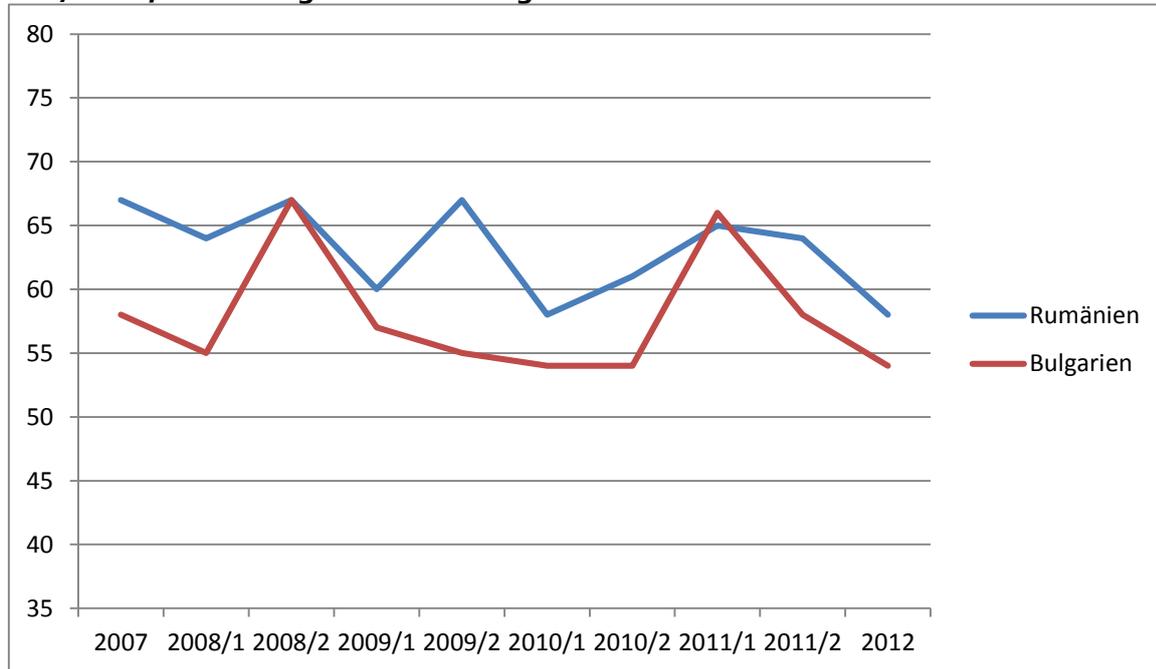
Anders verhält es sich in Ungarn. Hier waren die Befragten nie so enthusiastisch gegenüber der EU-Erweiterung eingestellt wie in Polen (Abbildung 13). In den Jahren 2007 bis 2008 lag der Anteil der Unterstützer bis zu 10 Prozent unter den polnischen Werten. Die höchste Marke wurde interessanterweise im Jahr 2011 erreicht, als über 70 Prozent die Erweiterung befürworteten. Seitdem ist allerdings die Zahl der Unterstützer – ähnlich wie der europäische Trend – stark gesunken und liegt heute mit 56 Prozent knapp 15 Prozent unter dem Höchstwert. Mit diesen Werten befindet sich Ungarn immer noch über dem Durchschnitt der osteuropäischen Staaten (siehe unten).

Abbildung 13: Die Unterstützung für eine weitere EU-Erweiterung in Ungarn 2007-2012,
Quelle: eigene Darstellung



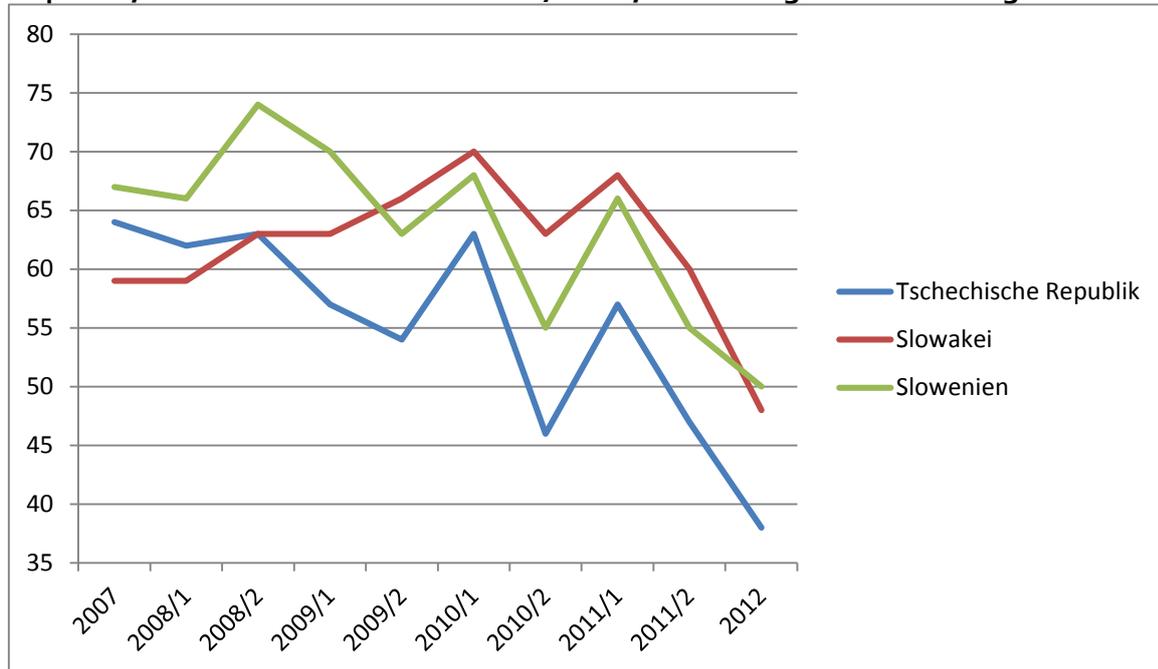
Nach der Erweiterung von 2004 hat es sich gezeigt, dass die neuen Mitgliedsländer einer neuerlichen Erweiterung viel positiver gegenüberstanden, als die alten. Man könnte deshalb annehmen, dass die zwei im Jahr 2007 neu aufgenommenen Staaten, Rumänien und Bulgarien, eine ähnliche Entwicklung zeigen würden. Dies war allerdings nicht ganz der Fall. Der Anteil der Befürworter betrug in Rumänien fast immer mehr als 60 Prozent (allerdings mit abnehmender Tendenz), was in etwa dem osteuropäischen Durchschnitt entspricht. Die bulgarischen Befragten waren allerdings deutlich skeptischer, als ihre Nachbarn. Abgesehen von zwei Umfragen war die Unterstützung stetig deutlich unter 60 Prozent und somit auch unter dem osteuropäischen Durchschnitt. Mit zuletzt nur 54 Prozent an Befürwortern war Bulgarien eines der skeptischsten Länder in Osteuropa (Abbildung 14).

Abbildung 14: Die Unterstützung für eine EU-Erweiterung in Rumänien und Bulgarien 2007-2012, Quelle: eigene Darstellung



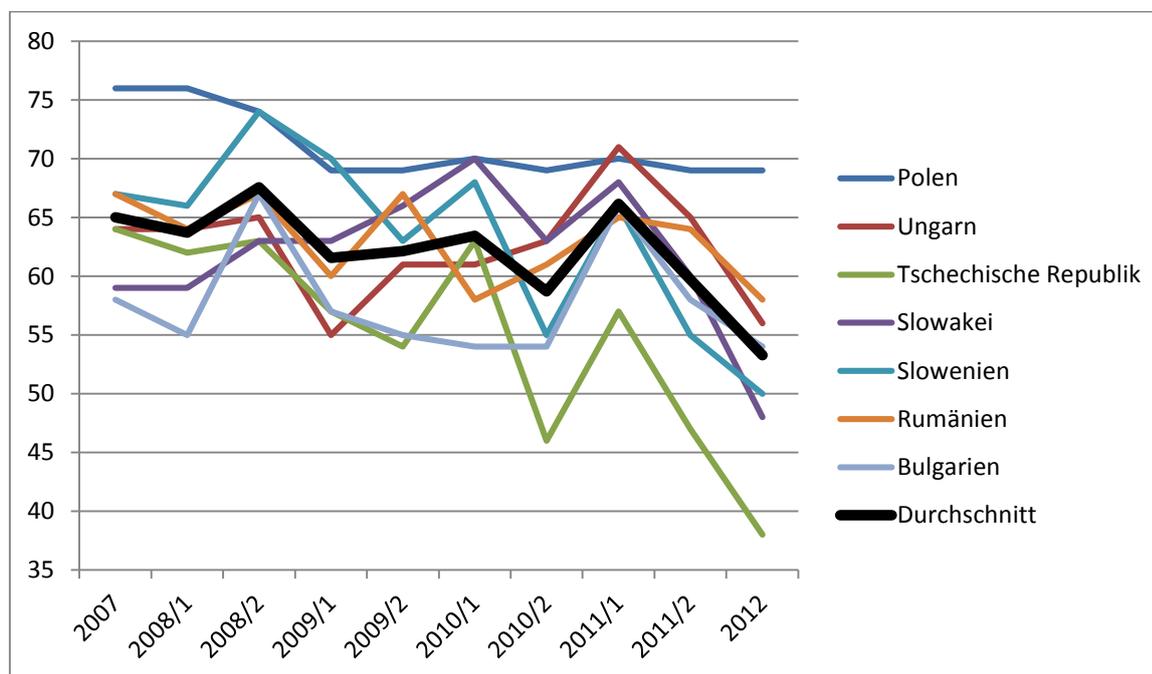
Es lohnt sich auch einen Blick auf die Staaten Tschechische Republik, Slowakei und Slowenien zu werfen, denn diese drei Länder bilden den skeptischen Kern in Osteuropa (Abbildung 15). Natürlich ist auch hier die Unterstützung deutlich höher als in Westeuropa, aber auch weit unter dem osteuropäischen Durchschnitt. Am deutlichsten ist dies am Beispiel der Tschechischen Republik ersichtlich, in welcher der Anteil der Befürworter zuletzt mit weniger als 40 Prozent fast auf westeuropäisches Niveau gefallen ist. Nach anfänglich recht hohen Unterstützungswerten von ungefähr 70 Prozent hat in den letzten Jahren auch in der Slowakei und Slowenien die Unterstützung stark nachgelassen, und liegt aktuell bei ca. 50 Prozent.

Abbildung 14: Die Unterstützung für eine weitere EU-Erweiterung in der Tschechischen Republik, Slowakei und Slowenien 2007-2012, Quelle. Eigene Darstellung



In Abbildung 15 werden die Werte der Unterstützung für die sieben größten osteuropäischen Länder im Vergleich dargestellt sowie der regionale Durchschnitt ausgewiesen. Daraus wird ersichtlich, dass Polen, Ungarn und Rumänien über, Bulgarien zuletzt ungefähr im und die Slowakei, Slowenien sowie besonders die Tschechische Republik unterhalb des Durchschnittes liegen.

Abbildung 15: Die Unterstützung für eine weitere EU-Erweiterung in Osteuropa 2007-2012, Quelle. Eigene Darstellung



Insgesamt bleibt festzuhalten, dass die Unterstützung für die Erweiterungspolitik in Osteuropa immer noch am größten ist. Alle zehn Staaten sind über dem EU-Durchschnitt, wenn es um die Fortsetzung der Erweiterung geht. Nur in der Tschechischen Republik gibt es mit 54 Prozent eine deutliche Mehrheit für einen Erweiterungs-Stopp. In sechs der zehn Staaten gibt es sogar eine absolute Mehrheit für die Erweiterung. Es ist aber zu bemerken, dass die Tendenz auch in Osteuropa fallend ist. Allerdings geht der Rückgang von einer höheren Basis als in Westeuropa aus. Dies ist ein Indiz dafür, dass die Unterstützung für die Erweiterungspolitik selbst in Osteuropa nicht automatisch gegeben ist. Auffallend ist auch, dass in den neuen Mitgliedsstaaten Rumänien und Bulgarien fast ein Viertel der Befragten mit „weiß nicht“ geantwortet hat, was darauf hindeutet, dass sie sich nicht ausreichend genügend informiert fühlen. Hier hat also die EU einen Nachholbedarf.

5. Konklusion

Die Erweiterungspolitik der EU ist in einer sehr schwierigen Lage. Schon vor der jetzigen Krise der Eurozone war sie aus mehreren Gründen in eine politische und konzeptionelle Sackgasse geraten.¹⁹ Erschwerend kommt jetzt hinzu, dass die Vertrauenskrise der Europäischen Union ohne Zweifel auch die Erweiterungspolitik erfasst hat. Die Eurobarometer-Umfragen zeigen eindeutig, dass die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger eine Fortsetzung der Erweiterungspolitik in ihrer jetzigen Form nicht mehr unterstützt. Obwohl es große regionale Unterschiede gibt, ist doch die Tendenz insgesamt fallend. Hinzu kommt, dass die Bevölkerung der wichtigsten und größten Staaten der EU ganz klar mehrheitlich gegen die Fortsetzung der Erweiterungspolitik ist. Diese negativen Umfrageergebnisse beeinflussen unweigerlich auch die politischen Entscheidungsträger. Die abnehmende Unterstützung wird mit hoher Wahrscheinlichkeit zu einer Verlangsamung (oder sogar zum kompletten Stopp) der Erweiterung der EU führen.

¹⁹ Vgl. Lippert, EU-Erweiterungspolitik: Wege aus der Sackgasse, S. 118.

Literatur (Auswahl)

- Böttcher, Barbara/Dauber, Gunter (2009): As time goes by... Gemischte Bilanz nach fünf Jahren EU-Erweiterung, Deutsche Bank Research, unter: http://www.dbresearch.de/PROD/DBR_INTERNET_DE-PROD/PROD000000000242357/Pr%C3%A4sentation%3A+As+time+goes+by+___++Gemischte+Bilanz+nach+f%C3%BCnf+Jahren+Osterweiterung.PDF (Stand: 16. 6. 2012).
- CDU: Starkes Europa – Sichere Zukunft, Wahlprogramm, unter: http://www.ursula-heinen.de/downloads/n_00161.pdf (Stand: 4. 7. 2012).
- European Council (2012a): Conclusions, Brüssel 1-2 March 2012, unter: <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=DOC/12/4&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en> (Stand: 13. 7. 2012).
- European Council (2012b): Council conclusions on Montenegro, unter: http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/genaff/131206.pdf (Stand: 13. 7. 2012).
- European Council (2003): EU-Western Balkans Summit – Declaration, Press Release, unter: http://ec.europa.eu/enlargement/enlargement_process/accession_process/how_does_a_country_join_the_eu/sap/thessaloniki_summit_en.htm (Stand: 3. 6. 2012).
- Europäische Kommission (2011): José Manuel Durão Barroso Präsident der Europäischen Kommission Erneuerung Europas – Rede zur Lage der Union 2011 Europäisches Parlament Straßburg, den 28. September 2011, unter: <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/11/607&format=HTML&aged=1&language=DE&guiLanguage=en> (Stand: 12. 7. 2012).
- Institut für Demoskopie Allensbach (2012): Stabile Vorurteile – Robuste Gemeinschaft, unter: http://www.ifd-allensbach.de/uploads/tx_reportsndocs/Maerz12_Europa.pdf (Stand: 11. 7. 2012).
- Kramer, Heinz (2007): Wie „erweiterungsmüde“ ist die EU?, SWP-Aktuell, unter: http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2007A16_krm_ks.pdf (Stand: 5. 6. 2012).
- Lang, Kai-Olaf-Schwarzer, Daniela (2007): Die Diskussion über die Aufnahmefähigkeit der EU, SWP-Studie, unter: http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2007_S31_lng_sw_d_ks.pdf (Stand: 4. 7. 2012).
- Lippert, Barbara (2011): EU-Erweiterung: Das Restprogramm, in: Bendiek, Annegret/ Lippert, Barbara/ Schwarzer, Daniela (Hrsg.): *Entwicklungsperspektiven der EU*, SWP-Studie.
- Lippert, Barbara (2009a): EU-Erweiterungspolitik: Wege aus der Sackgasse, SWP-Aktuell, unter: http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2009A46_lpt_ks.pdf (Stand: 6. 7. 2012).

Lippert, Barbara (2009b): Die Erweiterungspolitik der Europäischen Union, in: Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2009, Baden-Baden: Nomos Verlag.

Pew Research Centre (2012): European Unity on the Rocks, unter: <http://www.pewglobal.org/2012/05/29/chapter-4-views-of-eu-countries-and-leaders/> (Stand: 2012. 6. 29).

Piket, Vincent (2006): EU Enlargement and Neighbourhood Policy, The International Institute for Strategic and Security Studies, unter: <http://www.iiss.org/programmes/russia-and-eurasia/russian-regional-perspectives-journal/rrp-volume-1-issue-3/eu-enlargement-and-neighbourhood-policy/> (Stand: 5.7.2012).

Századvég Alapítvány (2012): A magyarok kevesebb, mint fele tartja hasznosnak EU tagságunkat [Weniger als die Hälfte der Ungarn hält die EU-Mitgliedschaft für nützlich], unter: <http://www.szazadveg.hu/kutatas/aktualis/a-magyarok-kevesebb-mint-fele-tartja-hasznosnak-eu-tagsagunkat-404.html> (Stand: 17. 7. 2012).

Donau-Institut Working Papers
ISSN 2063-8191

Kopien können bestellt werden bei:

Universitätsbibliothek
Andrássy Universität Budapest
PF 1422
1464 Budapest
Hungary

Besuchen Sie uns auf unserer Homepage unter <http://www.andrassyuni.eu/donauinstitut>. Wir machen sie darauf aufmerksam, dass wir die Weitergabe des entsprechenden Working Paper einstellen, falls eine revidierte Version für eine Publikation an anderer Stelle vorgesehen ist.